



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag von SPD und GRÜNEN: Als Chancenland NRW vorangehen – Ampel-Bleiberechtsvereinbarungen mit Vorgriffsregelung aktiv anstoßen!

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 17.02.2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die NRW-Koalition von FDP und CDU hat in den letzten viereinhalb Jahren für mehr Verbindlichkeit in der Migrationspolitik gesorgt. Und zwar sowohl bei den Abschiebungen als auch bei der Schaffung von Perspektiven und Chancen. Uns ist gelungen, was der rot-grünen Vorgänger-Regierung nicht gelungen ist.

Wir sind stolz darauf, dass die gute Arbeit in NRW jetzt als Vorbild für die neue Bundesregierung dient. Das vorgesehene Chancen-Aufenthaltsrecht im Bund wird noch mehr Perspektiven für gut integrierte Menschen schaffen. Wir werden denen Chancen eröffnen, die sich anstrengen, integrieren und Teil unserer Gesellschaft werden wollen – perspektivisch sogar deutsche Staatsbürger. Deshalb will die neue Bundesregierung auch das Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren.

Mit dem Bleiberechtserlass, aber auch mit dem Erlass zur 3+2-Ausbildungsduldung haben wir in NRW bereits den bundesrechtlichen Spielraum genutzt.

Wir haben uns bei der Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive vor allem auf Straftäter und Gefährder konzentriert. Mit Erfolg. Wir liegen hier bundesweit an der Spitze. Wir haben eben nicht den gut integrierten Auszubildenden aus seinem Betrieb gezerrt, wie das in anderen Bundesländern geschehen ist. Das war von Anfang unser Prinzip und daran halten wir fest.

Insofern stellt sich die Frage, ob ein gesonderter Erlass überhaupt notwendig ist, wenn er nur die bereits gelebte Praxis festschreibt. Letztlich bleiben die kommunalen Ausländerbehörden verantwortlich für die Anordnung von Abschiebungen. Unser Ministerium wird diese aber in kritischen Fällen sensibilisieren und über anstehende Rechtsänderungen informieren.

Ich möchte auch zu bedenken geben, dass die konkrete Ausgestaltung und der Zeitplan zur Novellierung des Aufenthaltsgesetzes noch offen sind. Politische Absichtsbekundungen stellen aber alleine noch keine praxistaugliche und rechtssichere Grundlage für eine Erlassregelung dar.

Ein wenig habe ich mich über den vorliegenden Antrag auch gefreut. Gegen Ende der Legislaturperiode kommt da noch ein dickes Lob der Opposition für unsere Integrationspolitik. Diesen eingeschlagenen Weg zu mehr Verbindlichkeit wollen wir fortsetzen und ich bin optimistisch, dass wir ihn auch nach dem 15. Mai fortsetzen können und zwar mit unserem Minister Dr. Joachim Stamp.

Ich hatte, wie viele Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren Austausch mit Ausländerbehörden, Flüchtlingsinitiativen und natürlich auch mit Geflüchteten direkt. Manchmal war etwas sanfter Druck erforderlich, damit die Erlasse auch konsequent angewendet wurden. Ich habe Menschen kennengelernt, die durch die Ausbildungsduldung oder den Bleiberechtserlass eine echte Perspektive zur Integration in Ausbildung und Arbeit erhalten haben. Die wieder Mut gefasst haben, ihr Leben selbst zu gestalten und so ein produktiver Teil unserer Gesellschaft geworden sind. Mit Blick auf dem Fachkräftemangel möchte ich sagen: ein unerlässlicher Teil.

Mit der Neuordnung des Aufenthalts- und des Staatsangehörigkeitsrechts auf Bundesebene werden wir endlich den Rechtsrahmen bekommen, den ein Einwanderungsland wie Deutschland verdient. Wir werden die qualifizierte Einwanderung erleichtern und den Spurwechsel konkretisieren. Wir werden aber auch der so genannten irregulären Migration entgegentreten. Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik gehört für uns zusammen. In Nordrhein-Westfalen praktizieren wir dies seit 2017 und jetzt setzen wir dies auch im Bund um.